

PRESSEMITTEILUNG

Donnerstag, 25. Dezember 2008

„Rat betreibt Ausgrenzungspolitik“

Als „extrem provinziell und im Grenzbereich undemokratischen Verhaltens angesiedelt“ hat der Kreisvorstand der Partei DIE LINKE das Verhalten von Ratsherren-, und frauen bezeichnet, die in der jüngsten Ratssitzung am 16. Dezember den Sitzungssaal wegen einer Rede von Ratsfrau Eva Sassen demonstrativ verlassen haben.

Jörg Dombrowe und Peter Vogel, Sprecher der örtlichen Linkspartei, verurteilen dieses Verhalten auf das Schärfste: „Man mag zur Rede und zum Stil von Ratsfrau Sassen stehen wie man will. Wenn aber Kommunalpolitiker, die ihre wenigen Stimmen, die sie von den Wählern nicht am Biertisch sondern in einem Wahllokal bekommen haben, so was als Demokraten nicht aushalten können, dann sollten sie ihr Mandat wegen demokratischer Unmündigkeit zurückgeben“. Dombrowe, der selbst als Ratsherr im Stadtrat vertreten ist, setzt noch einen drauf: „Wenn ich sehe, wie meine Kolleginnen und Kollegen von den anderen Fraktionen mit Schaum vor dem Mund Ausgrenzungspolitik betreiben, dann frage ich mich, woher diese Damen und Herren ihre demokratische Legitimation beziehen“. Auffällig sei, so Dombrowe und Vogel, dass vor allem Ratsfrauen und Ratsherren der SPD bis hin zum Oberbürgermeister seit kurzem an diesem neuen „Rathausstil“ beteiligt sind, „der Tradition hat in Delmenhorst“.

In dieses Bild passt, so die beiden Sprecher der Linkspartei, auch das Ergebnis einer interfraktionellen Sitzung, wonach Anfragen in der Einwohnersprech- und Fragestunde nur noch zugelassen werden sollen, wenn sie mit den Themen der aktuellen Ratssitzung übereinstimmen.

Ratsherr Dombrowe: „Damit wird jede Fragestunde zur Farce, denn natürlich drückt die Bürger auch zu Themen der Schuh, die nicht auf der Tagesordnung der Ratssitzung stehen“. Die Linkspartei vermutet dahinter den grundsätzlichen Angriff auf Bürgerrechte, die den regierenden Ratspolitikern unangenehm sind.

Dombrowe und Vogel: „Die SPD regiert jetzt offenbar von oben nach unten durch, und zwar ohne Rücksicht auf die Interessen der Bürger. 6 500 Unterschriften gegen das Einkaufscenter dürfen nach dem Willen von Herrn de La Lanne nicht mehr öffentlich diskutiert werden“.

Jörg Dombrowe
Sprecher DIE LINKE.
Ratsherr

Peter Vogel
Sprecher DIE LINKE.